

Spenden zur Deckung der Vorbereitungslosten auf Postfachkonto Dresden Nr. 20 595, „Verkehrstruppen-gedächtnistag Dresden A. 28“ erbeten. Anmeldungen und Anfragen, denen Rückporto beizufügen ist, sind an Herrn Joh. Wünsche, Dresden-A Inlandstr. 12, IV zu richten.

Dresden. (Diktatur der Mitte.) Die verfassungswidrige Bildung kommunistischer und sozialistischer Selbstschutz-Hundertschaften, die in allen sächsischen Städten und Dörfern bestehen oder in der Bildung begriffen sind und die Billigung der neuen sächsischen Regierung Dr. Zeigners gefunden haben, zeitigt die tollsten Folgen. Nachdem schon von Seiten des Dresdner Bürger-Rates die Bildung nationaler Selbstschutzzorganisationen angekündigt worden ist, die die dauernden Gewaltaktionen der kommunistischen Hundertschaften gegen bürgerliche Veranstaltungen verhindern sollen, ruft nunmehr der Herausgeber eines der jetzt in Mode stehenden Wochenblätter unter der Parole „Sturmtruppen heraus“ zur Bildung von Stoßtrupps in allen Ortschaften Sachsens und des Reiches auf, die, auf deutsch-republikanischen Boden stehend, gegen rote und weiße Garden kämpfen und die „Diktatur der Mitte“ errichten sollen. Es scheint höchste Zeit, daß das Reich die sächsische Regierung auf die durch die Verfassung gezogenen Grenzen hinweist, um den sonst unausbleiblichen Bürgerkrieg hinauszuhalten.

Dresden. (Stimmenammlung für ein Volksbegehren zur Kriegsschuldfrage.) Der Aufklärungsausschuß betr. die Kriegsschuldfrage hat eine Geschäftsstelle für Stimmenammlung für Dresden und Umgegend auf der Hauptstraße 11 (Kadeberger Bierhalle) eingerichtet und mit Leitung derselben Herrn Arthur Goldhammer (unterstützt von Herrn Schuster) betraut. Die Tätigkeit dieser Geschäftsstelle soll Montag, den 23. ds. Mts. 9 Uhr vormittags, beginnen. Der Zweck des Aufklärungsausschusses, Ungültigkeitserklärung des Versailler Schandfriedens auf Grund einheitlichen Volksbegehrens, soll erreicht werden von Sammlung von Stimmen von Haus zu Haus, daneben durch Einsammeln freiwilliger Geldspenden zur Deckung der durch das Sammelwerk entstehenden beträchtlichen Kosten.

Zittau. (Im Scherze erschossen) In der Wohnung des Oberbürgermeisters Dr. Kitz entdeckten die beiden jungen Hausangestellten, Mädchen von etwa neunzehn Jahren, in der Ecke ein Handgewehr, das dort schon seit ungefähre fünf Jahren unbenutzt stand. Das eine der beiden Mädchen legte die Waffe im Scherze auf ihre Kollegin, das Dienstmädchen Neumann an. Es brachte ein Schuß, das unglückliche Opfer aus nächster Nähe in die Brust traf und den sofortigen Tod herbeiführte.

Böbeln. (Zur Zentralisierung der Pfarrlehre.) Hier fand eine aus allen Teilen Sachsens bestellte Versammlung von Pfarrern und Kirchenvorständen statt, die in ihrer Eigenschaft als Lehrenachfolger und Lehrenverwalter gegen die vom Konsistorium geplante Zentralisierung der Pfarrlehre protestierte. Nachdrücklich wurde eine der Geldentwertung angepaßte Erhöhung der Kirchensteuer zur Hebung der Not gefordert. Es wurde eine Schutzgemeinschaft gebildet und ein Aktionsausschuß mit der Durchführung der Beschlüsse beauftragt.

Glashütte. (Sängertag) Hier findet am 7. und 8. August ds. Jz. ein Sängertag statt, zu dem eine große Beteiligung erwartet wird.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Berlin, 20. April. (Reichsbank und Fortsetzung der Sitzungsaktion.) Staatssekretär Schroeder empfing am Donnerstag nachmittags Pressedirektor im Reichsfinanzministerium, um über die Fortsetzung der Sitzungsaktion der Mark durch die Reichsbank Mitteilungen zu machen. Die Sitzungsaktion der Mark sei von der Reichsbank seit 2 1/2 Monaten durchgeführt worden. Mit einem Einbruch in ihre Finanzpolitik, wie er am Dienstag erfolgt sei, hätte die Reichsbank vom ersten Tage an rechnen müssen, deshalb hätte sie im Einvernehmen mit der Reichsregierung beschlossen, den Kurs an Tagen besonders starker Nachfrage nicht unter großen Opfern in starrer Stabilität zu halten, sondern nachzugeben, um im geeigneten Moment die Mark wieder zu heben. Auch die französische Regierung halte den Franken innerhalb einer nicht allzu eng gezogenen Grenze. Günstig für die Mark war die verminderte Zunahme der schwebenden Schulden des Reiches, die im April zum ersten Male in Erscheinung trat und höchstens ein Drittel der Zunahme der Schuld vom Februar zum März betragen habe. Die Mittel der Reichsbank seien keineswegs erschöpft. Die im Auslande befindlichen deutschen Goldvorräte seien bisher völlig unberührt und bedeuten eine wertvolle Reserve für die Fortsetzung der Sitzungsaktion. Die Notverordnung, an der energisch gearbeitet werde, werde bereits mit Beginn der nächsten Woche veröffentlicht werden. Zwischen der Reichsregierung und der Reichsbankleitung herrsche vollkommene Übereinstimmung über die zu ergreifenden neuen Maßnahmen.

(Ein neuer Gewaltakt) Der „hohe“ Rheinlandsausschuß hat die deutsche Vertretung ausgewiesen. Offenbar fühlt sich Litard nunmehr als Herr der Lage. An sich ist die Ausweisung eine neue große Reichs- und Vertragsverletzung. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß der englische Vertreter sich der Stimme enthalten hat. Frankreich will nicht, daß Deutschland die Maßnahmen des Rheinlandsausschusses unmittelbar nachprüft. Nun ist das Rheinland nicht vogelfrei, denn die Besetzung hat die deutsche Oberhoheit nicht ausgeschlossen oder gar aufgehoben. So steht es wenigstens im Versailler Vertrag. Darüber legt sich Frankreich hinweg, weil es aufs Ganze gehen will. Das Rheinland soll nicht nur „entmilitarisiert“, sondern auch für eine Abstimmung reif gemacht werden. Wegen diesen neuen Mißbrauch hat die deutsche Regierung sofort den üblichen Einspruch erhoben. Frankreich hat es nicht einmal der Mühe für Wert gehalten, sein schamloses Vorgehen irgendwo zu begründen. Genügt angesichts dessen ein deutscher Einspruch? Ist es nicht an der Zeit, die französischen Schuldsel-

organe im Vergeltungsweg auszuweisen? Herr Nollet fährt noch immer in Berlin herum, wobei die ganzen Unterhaltungskosten von Deutschland getragen werden müssen.

Frankfurt a. M., 20. April. (Die Folgen der Devisenhausse.) Das in den letzten Tagen erneut erfolgte starke Anwachsen des Dollarkurses hatte auf der Internationalen Frankfurter Messe eine weitere Steigerung der Nachfrage besonders nach Textilien und Schuhwaren zur Folge. Infolge der Unsicherheit der Preisgestaltung sind die Aussteller auf der Messe, soweit sie Fabrikanten sind, wenig verkaufslustig. Infolgedessen haben schon zahlreiche Firmen der Textil- und Schuhwarenbranche die Messe verlassen. Der Besuch der Messe ist im übrigen nicht geringer geworden.

#### Frankreich.

Paris, 20. April. (Das französisch-belgische Reparationsprogramm.) Wie das „Journal“ meldet, hat Poincaré, der Präsident der Reparationskommission, Poincaré am Donnerstag nachmittags einen Entwurf vorgelegt, in dem das französisch-belgische Reparationsprogramm in großen Zügen aus-einandergesetzt wird. Dieser Entwurf sieht die Möglichkeit großer wirtschaftlicher Abschlüsse mit Deutschland vor. Das „Journal“ fügt u. a. hinzu: Es steht heute fest, daß wir von dem Deutschen Reich gegen Bezahlung, sei es mit barem Gelde oder in Naturalleistungen, niemals, selbst bei den günstigsten Voraussetzungen die von dem Versailler Vertrag vorgesehenen Summen erreichen werden. Es steht jetzt fest, daß man sich von französischer und belgischer Seite aus mit der Summe von 36 Milliarden Goldmark begnügen muß. Um aber diese Zahl zu vermehren, erweist es sich als notwendig, mit Deutschland wirtschaftliche Abschlüsse zu treffen, welche unserer Großindustrie es ermöglichen, so schnell wie möglich ihre frühere Leistungsfähigkeit zurückzugewinnen. Einige dieser Abschlüsse liegen ganz nahe, so z. B. diejenigen, die die Verteilung von Koks und Eisenerzen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland regeln. Unsere mechanische und chemische Industrie müßte gegenüber den entsprechenden deutschen Industriezweigen genauere Statistiken aufweisen. Weil Deutschland Schulden weit geringer sind, als die unsrigen, könnte das Reich unter äußerst günstigen Bedingungen jede Konturrenz von vornherein ausschalten. Das müßte verhindert werden. Außerdem müssen wir unseren englischen und italienischen Verbündeten versichern, daß weder Frankreich noch Belgien eine wirtschaftliche Vorherrschaft erlangen. Jedenfalls sind von dem Handelsminister und den großen wirtschaftlichen Verbänden eingehende Vorschläge gemacht worden, und es ist zu hoffen, daß die Reparationskommission in ganz kurzer Zeit unsere Ansprüche wird endgültig umschreiben können.

### Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 19. April.

#### Dreifache Erhöhung der Gewerbesteuer.

Dresden. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung die Vorlage über eine Erhöhung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1922 und ein Antrag Röllig über die Notlage der freien Berufe. Dabei ereignete sich ein Vorfall, dem zunächst weniger Beachtung geschenkt wurde, weil er sich erst am Ende der Sitzung auswirkte. Abg. Bethke (Soz.) beantragte die Rückstellung des ersten Punktes bis zum Schluß der Sitzung. Obgleich Abg. Ventler (Dn.) dem widersprach, fand der Antrag mit 39 gegen 38 Stimmen Annahme, wobei Abg. Günther (Dem.) den Ausschlag gab, da er im Gegensatz zu seinen übrigen Fraktionsgenossen für den Antrag stimmte. Wie sich bei der Beratung der Vorlage am Schluß der Sitzung herausstellte, hatten die Kommunisten inzwischen ihre Stellung zu dem Mehrheitsantrage des Ausschusses, der eine Ablehnung der grundlegenden Paragraphen 1 und 2 verlangt, geändert. Abg. Bremer (Kom.) erklärte unter dem Gelächter der bürgerlichen Parteien: Die Stellung der Kommunisten zu den Steuern richtet sich nach der Partei der jeweiligen Regierung. Aus diesem Grunde werden wir die Gewerbesteuer bewilligen. Das Gewerbesteuergesetz wurde hierauf mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 41 Stimmen der bürgerlichen Fraktionen angenommen und der Antrag Röllig, die freien Berufe von der Gewerbesteuer anzunehmen, abgelehnt. (Zuruf von rechts: Das ist das Wohlwollen der Sozialdemokraten gegen die freien Berufe.) Nach allem muß man annehmen, daß zu Beginn der Sitzung einige Mitglieder der beiden Linksparteien fehlten, sodaß die Annahme des Gesetzes nach dem Wunsche der Regierungsparteien unsicher war. Im übrigen gab es eine stundenlange Beratung über einen sozialdemokratischen Antrag auf eine reichsgerichtliche Regelung des Bauarbeiterlohnens, in deren Verlaufe Minister Viebmann erklärte, daß die Regierung die Einstellung von Kontrollleuten aus Bauarbeiterkreisen für notwendig halte. Der Antrag ging an den Rechtsausschuß. Drei Anträge des Abg. Rood und Genossen (D. Vp.), betreffend einseitige Bevorzugung sozialer Baubetriebe gegenüber dem freien Baugewerbe, die drohende Einschränkung der Bauqualität und Besserung der Lage des Malergewerbes wurden an den Haushaltsausschuß B verwiesen; ein weiterer Antrag desselben Abgeordneten auf Regulierung der Wasserläufe zur Gewinnung elektrischer Energie ebenfalls an den Haushaltsausschuß B. Zwei kommunistische Anträge auf Aenderung der Landesverordnung über den Wohnungsmangel und auf Umgestaltung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsmittelengesetz wurden abgelehnt bzw. als erledigt erklärt. — Die nächste Sitzung findet Dienstag, 24. April, vormittags 11 Uhr statt. Am Donnerstag, 26. April, soll die erste Beratung des Staatshaushaltplanes stattfinden.

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 19. April.

#### Wirtschaftsfragen im Reichstag.

Nach der großen politischen Aussprache in der ersten Hälfte der Woche bot der Reichstag am Donnerstag einen wesentlich ruhigeren Anblick dar, wenn auch die neue Steigerung des Dollars und die in Aussicht gestellte Maßnahme der Reichsregierung lebhaft besprochen wurden. — Zum Schriftführer wurde anstelle des ausgeschiedenen Abg. Walckewitz (Dn.) sein Parteigenosse Abg. Dr. Philipp Dewäht. — Das Haus beschäftigte sich sodann mit dem Haushaltsplan des Reichswirtschaftsministeriums. Der Ausschuß erlud die Regierung, die für das kommende Wirtschaftsjahr vorgesehenen Bauten und Beschaffungen so rechtzeitig in die Wege zu leiten, daß die Marktlage und die Bilanz in der wirtschaftlich besten Weise ausgenutzt werden können. Der Ausschuß fordert ferner eine Uebersicht über die verschiedenen Rückwirkungen der Tarifserhöhungen auf die Frachten der wichtigsten Güter, Waren, deren Gestehungskosten die Weltmarktpreise erreicht haben und deren Inlandsabfahz Not leidet, sollen auf die Ausfuhrliste-Bilste geseht werden. Ein weiterer Antrag der Mehrheitsparteien will zur Förderung des Flachsbaues 10 Millionen Mark neu einstellen. Als erster Redner kritisierte der Abg. Dr. Serz (Soz.) die Devisenpolitik der Reichsregierung. Er warf der Reichsbank vor, daß sie zu spät gegen die Spekulation vorgegangen sei. Der Zentrumsgabgeordnete Effer gab zu bedenken, daß die Entscheidung über die Zukunft der deutschen Wirtschaft an der Ruhr fallen werde. Viele Erwerbslose seien eine Gefahr für den guten Geist. Die Industrie müßte daher mit Vorzügen erparzt werden. Nachdem der Reichspräsident die Verhandlungen unterbrochen hatte, nun dem Abg. Dr. Kahl von der Deutschen Volkspartei zu seinem goldenen Doktorjubiläum die herzlichsten Glückwünsche des Hauses auszusprechen, und als dieser in ersten, würdigen Worten gedankt hatte, erglitz unter angelegelter Aufmerksamkeit des Hauses Reichswirtschaftsminister Dr. Bader das Wort. Er hob hervor, daß er

nicht ein Minister für Arbeitnehmer oder Arbeitgeber sei, sondern für die ganze deutsche Wirtschaft. Er stellte es als die erste Aufgabe der Reichsregierung hin, die Betriebe überall möglichst aufrecht zu erhalten. Die Verluste im Ruhrgebiete seien gewaltig. Kredite werden gegeben, aber nicht an Devisenbesitzer. Der Minister erläuterte dann die Devisenpolitik der Regierung und erklärte e unter dem Beifall des Hauses, daß Spekulationsläufe von Devisen garabazu ein Verbrechen seien. Man werde vor drakonischen Maßnahmen nicht zurückschrecken. Die Reichsregierung habe sich entschieden, der Öffentlichkeit keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Sitzungsaktion der Mark weitergeführt werden soll. Der Reichstag gab durch lebhaften Beifall sein Einverständnis mit dieser Regierungserklärung zu erkennen. Der Minister teilte weiter mit, daß die Regierung die nötigen Mittel besitze, um die Sitzungsaktion durchzuführen. Die nächsten Maßnahmen seien Einfuhrbeschränkung und Einschränkung der Devisenspekulation. Der Minister wies dann weiter darauf hin, daß eine Preislenkung stellenweise, z. B. bei den Kohlen, bereits stattgefunden habe. Der Minister schloß mit einem Dank an die Beamten des Ruhrgebietes. In der weiteren Aussprache traten alle Redner für scharfe Maßnahmen gegen die Devisenspekulation ein. Die Verhandlungen gehen am Freitag weiter.

Sitzung vom 20. April.

#### Die Wirtschaftsaussprache im Reichstage.

Der Reichstag setzte am Freitag beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums die allgemeine wirtschaftliche Aussprache fort. Abg. Dr. Kießer (DVP) fand kräftige Worte des Absehens gegen die Devisenspekulation, die aus der Not des Vaterlandes Gewinn zu schlagen versuche, und forderte strafrechtliches Einschreiten. Im übrigen warnt er vor überhasteten Lösungen auf diesen schwierigen Finanzgebieten. Bei der Preislenkung mahnte er zur Geduld und forderte den Minister auf, neben der Senkung der Kohlepreise auch eine solche der Güertarife anzustreben. Der demokratische Abgeordnete Reinath machte eine eingehende Rednung auf, deren Ergebnisse für das Reich sehr betrüblich sind. Danach stellt sich heraus, daß wir zum Beispiel im Aufhandelsverkehr seit Kriegsende eine Unterbilanz von elf Milliarden Gold zu verzeichnen haben. Diese Unterbilanz und politische Ereignisse hätten die Geldentwertung hervorgerufen, nicht die vermehrte Herstellung von Zahlungsmitteln. Der Redner erinnert an die Not des geistigen Mittelstandes. Die Sachwertbesitzer seien in starke Kreditnot geraten. Der Redner unterstützte schließlich die Marktstabilisierungspläne der Regierung und forderte schließlich eine bessere Regelung der Zusammenarbeit vom Reichstag, Reichswirtschaftsrat und Reichsrat. Der Kommunist Heilmann sah die Rettung aus aller Not nämlich nur im Kommunismus. Der frühere Wirtschaftsminister Robert Schmidt (Soz.) stimmte der Sitzungsaktion zu, hielt aber die Vorschläge der Regierung nicht für ausreichend. In wesentlichen werde die Zerrüttung der Mark aus rein spekulativen Gründen betrieben. Am Sonnabend werden an der Hand der deutsch-nationalen Interpellation die innerpolitischen Fragen besprochen werden.

#### Die Rede Lord Curzons.

Lord Curzon hielt am Freitag im Oberhause die längst erwartete Rede. Er gab zunächst einen eingehenden Rückblick auf die Ereignisse, die zu der französischen Ruhrbesetzung geführt haben und ging dann ausführlich auf die Politik der englischen Regierung ein. Curzon erinnerte daran, wie die heutige Situation zustande gekommen sei. Sie nahm ihren eigentlichen Anfang mit dem deutschen Moratoriumsgesetz im Juli vorigen Jahres, das man in verschiedenen Konferenzen erörterte und schließlich zu der letzten in Paris im Januar führte, auf der England seine bekannten Vorschläge vortrug. Sie wurden von Frankreich, Belgien und Italien zurückgewiesen. Mit Bezug auf die deutschen Reparationen ging der Vorschlag dahin, ein Maximum von Zahlungen zu erzielen, dessen Aufbringung im Bereiche der deutschen Leistungsfähigkeit lag. Gleichzeitig kam auch der Wille zum Ausdruck, im Falle des Versagens die strengsten Sanktionen anzuwenden. Curzon erinnerte an die Erklärungen Bonar Law's, die er mit seinen Vorschlägen abgab, daß England den französischen Plan nicht annehmen könne. Bonar Law erklärte damals, der englische Vorschlag sei im Augenblicke zweifelhaft der geeignetste. Er sei von der Billigung der englischen Volksversammlung getragen. Seit diesem Zeitpunkte, fuhr Curzon fort, ist es die Grundlage der englischen Politik geblieben. Wir begannen damit, unsere Vertreter im Rheinland und in der Repka anzumessen, jede Teilnahme an irgend einer Entscheidung abzulehnen, die aus einer direkten Aktion Frankreichs oder Belgiens entspringe. Curzon fuhr fort: Die englische Regierung habe dann in allen weiteren Fällen dieselbe Haltung eingenommen, auch in der Frage der direkten Intervention im Ruhrabenteurer gegenüber, habe aber eine derzeitige Intervention ablehnen müssen, da nach ihrem Gefühl eine Einmischung in die Dinge, bevor Frankreich und Deutschland zu einer Annäherung gekommen seien, mehr Schaden als Nutzen anzurichten geeignet wäre. Dß derartige leicht hätte eintreten können, sah man zugleich aus den Reden der französischen Minister und aus dem Umstande, daß Deutschland noch nicht seinen festen Willen kundgetan habe, unserer Rat einzuholen. Die Gewalt und die Stärke unserer Idee bestand in dem Willen, auf keine Fall das Bündnis zwischen Großbritannien, Frankreich und den anderen Alliierten aufs Spiel zu setzen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß dieser Vertrag die Basis der europäischen Wiedergelundung und des europäischen Friedens ist. Unsere Stellungnahme hat starke positive Aussichten, die sicherlich im geeigneten Augenblicke noch offensichtlicher ins Licht gerückt werden. Curzon ging dann näher auf die französische Ruhraktion ein und erklärte: Wir haben vorausgesetzt, daß der wirtschaftliche Erfolg der französischen Politik nicht die dabei aufgewandten Anstrengungen und Ausgaben ersetzen würde. Die Tatsachen haben unsere Voraussetzungen tatsächlich Recht gegeben. Wir haben voraus, daß sich die Lage nicht nur zu einem schlimmen Schlag gegen den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ausprägen werde, sondern auch zu einer neuen gefährlichen Spannung zwischen Frankreich und Deutschland. Hundert Tage sind seit der Besetzung des Ruhrgebietes vergangen und wir sehen nichts, was darauf hindeuten könnte, daß die Dinge ihrem Ziele näher gekommen sind. Was wir zu tun hatten, war, den Ereignissen mit machamen Augen zu folgen und zu sehen, zu welchen Ergebnissen sie führen würden. Inzwischen sind von beiden Seiten verschiedene Erklärungen erfolgt. Nach den Erklärungen der französischen Minister scheint Frankreich seine Haltung unbeugbarer Entschlossenheit wahr zu wollen. Deutschland dagegen hat ungewidertig kühn getan und überzeugt, daß es eines passiven Widerstandes fähig ist, der sowohl seine Gegner als auch seine Freunde überrascht hat. Die Okkupation hat nicht desto weniger die bedenklichen Folgen hervorgerufen, die man von englischer Seite befürchtet hatte. Deutschland hat den hartnäckigsten Willen gezeigt, Verluste und Beiradungen zu erdulden. Die Lage ist aber inzwischen für Deutschland sehr bedenklich geworden. In seinen Rohmaterialbeständen sind große Lücken entstanden. Die Krise der Produktion erhöht sich zusehends und es hat keine Gelegenheit zu ausreichender Ausfuhr. Die Schwankungen am Devisenmarkt und die Unsicherheit der deutschen Mark sind allein schon vom finanziellen Standpunkte aus betrachtet ein Punkt, der mit einer zunehmenden Besorgnis erfüllt muß. Lord Curzon wies dann auf die letzten Reichs-